



Interpellation der SP-Fraktion zu ME/CFS und Long Covid

(Vorlage Nr. 4013.1 - 18394)

Antwort des Regierungsrats
vom 5. Mai 2026

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Die SP-Fraktion hat am 2. November 2025 die Interpellation betreffend ME/CFS und Long Covid eingereicht (Vorlage Nr. 4013.1 - 18394). Der Kantonsrat hat den Vorstoss an der Sitzung vom 26. November 2025 an den Regierungsrat überwiesen. Der Regierungsrat nimmt zur Interpellation wie folgt Stellung:

1. Vorbemerkungen

Das Thema der medizinischen Versorgung von Personen, die von Myalgischer Enzephalomyelitis/Chronisches Fatigue Syndrom (ME/CFS) oder Long Covid betroffen sind, beschäftigt auch auf Stufe Bund. Das Bundesamt für Gesundheit (BAG) hat im Auftrag des Bundesrates die Situation von Betroffenen der Post-Covid-Erkrankung sowie deren gesundheitliche Versorgung prüfen lassen (Bericht «Wissenschaftliche Begleitung und Versorgung von Menschen mit Post-Covid-19» vom 29. November 2023)¹. Der Bericht hält fest, dass in der Schweiz grundsätzlich ein breites und gut ausgebautes Netz von spezialisierten Angeboten zur Abklärung und Behandlung der verschiedenen Symptome der Post-Covid-19-Erkrankung besteht. Weiter wird darauf hingewiesen, dass Online-Plattformen einschlägige Informationen vermitteln und damit das Selbstmanagement der Betroffenen unterstützen sowie Betroffene, Fachpersonen und Forschende vernetzen. Der Bericht identifiziert aber auch Verbesserungsbedarf, insbesondere beim Zugang zu den Angeboten, bei deren Ausgestaltung sowie beim Wissensaustausch und der Zusammenarbeit der Leistungserbringer.

Zudem sind auf Stufe Bund weitere Aktivitäten geplant. In seiner Antwort auf die Motion 24.4452 «Nationale Strategie zur Verbesserung der gesundheitlichen Situation von Menschen mit ME/CFS und Long Covid» stellte der Bundesrat anfangs 2025 in Aussicht, gemeinsam mit den für die Gesundheitsversorgung verantwortlichen Akteuren, insbesondere den Kantonen sowie den medizinischen Fachgesellschaften, eine Nationale Strategie zur Verbesserung der gesundheitlichen Situation von Menschen mit ME/CFS und Post-Covid-19-Erkrankung sowie Langzeitfolgen einer Covid-Impfung zu erarbeiten.

2. Antworten auf die Fragen der Interpellation

Frage 1: Wie schätzt der Regierungsrat die Situation der von ME/CFS und Long Covid Betroffenen im Kanton Zug ein?

Der Regierungsrat nimmt die komplexen Krankheitsbilder «Post-Covid-19» und «Myalgische Enzephalomyelitis/Chronisches Fatigue Syndrom (ME/CFS)», die nach einer Covid-19-Infektion auftreten können, und die damit einhergehenden Folgen für die Betroffenen und Angehörigen ernst. Da sich die Ausprägungen von ME/CFS- und Long-Covid-Erkrankungen individuell stark unterscheiden, ist keine generelle Beurteilung der Situation der ME/CFS- und Long-Covid-Betroffenen möglich.

¹ <https://www.news.admin.ch/news/message/attachments/84817.pdf>

Frage 2: Wie erhebt der Regierungsrat Daten über die Anzahl und Situation der von ME/CFS und Long Covid Betroffenen im Kanton Zug?

Der Kanton Zug verfügt aus den nachfolgenden Gründen über keine Daten zur Anzahl und zur Situation der von ME/CFS oder Long Covid Betroffenen:

- Weder ME/CFS noch Long Covid zählen zu den meldepflichtigen Krankheiten.
- Behandlungen erfolgen grundsätzlich ambulant – in erster Linie durch Hausärztinnen und Hausärzte – und damit ohne Beteiligung des Kantons, weshalb auch die Spitalrechnungsdaten keine Rückschlüsse ermöglichen.
- Oftmals handelt es sich um spezialisierte Behandlungen durch interdisziplinäre und interprofessionelle Fachgruppen, wie sie an grossen Zentrumsspitalen, beispielsweise dem Universitätsspital Zürich (USZ), zur Verfügung stehen. Diese Angebote werden durch die Betroffenen in der Regel ohne Kenntnis oder Meldung an den Kanton in Anspruch genommen.

Frage 3: Welchen Beitrag leistet der Kanton Zug, wenn es darum geht, die Gesellschaft und medizinische Fachpersonen für ME/CFS und Long Covid zu sensibilisieren und die Diagnosestellung zu verbessern und zu beschleunigen? Welche Kosten sind mit den bisherigen Anstrengungen des Kantons verbunden?

Beim Umgang mit neuartigen, komplexen Krankheitsbildern wie ME/CFS und Long Covid ist darauf zu achten, dass evidenzbasierte Diagnose- und Behandlungsmöglichkeiten geschaffen werden. Dies setzt eine qualitativ hochwertige und quantitativ aussagekräftige Forschung voraus, welche alle Akteure einbezieht und hat deshalb auf nationaler Ebene zu erfolgen. Auf den Kanton Zug beschränkte Aktivitäten werden als nicht zielführend erachtet. Die Sensibilisierung der Fachpersonen ist Aufgabe der jeweiligen Berufsverbände und Fachgesellschaften. Der Kanton Zug unterstützt das national tätige Altea Long COVID Network mit jährlich CHF 9'000. Das Altea Long COVID Network fördert sowohl die interdisziplinäre Zusammenarbeit der Fachbereiche als auch die Veröffentlichung und Bekanntmachung von Forschungsergebnissen.

Frage 4: Könnte der Regierungsrat sich vorstellen, sich mit Mitteln an nationalen Forschungsprogrammen zu beteiligen?

Zur finanziellen Unterstützung solcher Forschungsvorhaben steht der Schweizerische Nationalfonds (SNF) zur Verfügung. Der SNF fördert im Auftrag des Bundes herausragende Forschung in allen wissenschaftlichen Disziplinen. Der Regierungsrat schliesst eine Beteiligung an einem qualitativ hochstehenden nationalen Forschungsprogramm, das zudem von weiteren Kantonen getragen wird, nicht aus.

Frage 5: Was unternimmt der Kanton Zug, damit neue Erkenntnisse möglichst rasch in den Behandlungsalltag Einzug halten?

Wie bei der Antwort auf Frage 3 ausgeführt, sind hier die Berufsverbände und Fachgesellschaften im Lead. Der Kanton greift grundsätzlich nicht in medizinische Behandlungsmethoden ein.

Frage 6: Welche spezifischen medizinischen und nicht-medizinischen Angebote unterhält der Kanton für Betroffene von ME/CFS und Long Covid?

Am Zuger Kantonsspital werden Patientinnen und Patienten, welche mit Symptomen von ME/CFS oder Long Covid beziehungsweise mit einer Verdachtsdiagnose zugewiesen werden,

in den Sprechstunden von Neurologie, Infektiologie und/oder Psychosomatik beurteilt. Abhängig vom jeweiligen Einzelfall werden Patientinnen und Patienten an die spezialisierten Long-Covid-Sprechstunden des Luzerner Kantonsspitals oder des Universitätsspitals Zürich überwiesen. Nach Abschluss der Abklärungen in diesen spezialisierten Sprechstunden werden die Patientinnen und Patienten häufig zur weiteren Betreuung an das Zuger Kantonsspital zurücküberwiesen. Grundsätzlich wird beobachtet, dass die Zahl der Zuweisungen an das Zuger Kantonsspital im Zusammenhang mit ME/CFS oder Long Covid in den letzten zwei Jahren abgenommen hat.

Im nicht-medizinischen Bereich gibt es seitens Kantons keine spezifischen Angebote für Betroffene von ME/CFS und Long Covid.

Frage 7: Bei wie vielen Gesuchen um eine Eingliederung und IV-Berentung im Kanton Zug wurden ME/CFS oder Long Covid vermerkt? Wie hoch war die durchschnittliche Abklärungsdauer in diesen Fällen? Bitte für die letzten fünf Jahre aufschlüsseln.

Gesuchszahlen im Zusammenhang mit Covid-19 wurden im Covid-19-Monitoring der IV-Stellen auf nationaler Ebene spezifisch erfasst (Bericht «Auswirkungen von Long-Covid auf die Invalidenversicherung» vom Januar 2025)². Das Monitoring erfasste versicherte Personen mit direkten gesundheitlichen Langzeitfolgen nach einer Covid-19-Erkrankung in den Jahren 2021 bis 2024. Folgende Anmeldezahlen wurden für den Kanton Zug aufgrund einer Covid-19-Erkrankung erfasst:

| Jahr | Anmeldungen |
|------|-------------|
| 2024 | 6 |
| 2023 | 11 |
| 2022 | 23 |
| 2021 | 13 |

Seit Abschluss des Monitorings erfolgt keine spezifische Erfassung von Covid-19-Fällen mehr. Die Bearbeitungsdauer wurde nicht ausgewertet.

Die Diagnose ME/CFS wurde und wird nicht gesondert erfasst oder spezifisch dokumentiert, weshalb weder Informationen zur Anzahl Gesuche noch zur Bearbeitungsdauer vorliegen. Bei sämtlichen IV-Anmeldungen prüft die Ausgleichskasse zunächst die Möglichkeiten zur beruflichen Wiedereingliederung und berücksichtigt dabei die individuelle Situation der versicherten Person. Bei den Krankheitsbildern ME/CSF und Long-Covid zeigen sich vergleichbare Herausforderungen wie bei anderen Erkrankungen, die schwierig objektivierbar und hinsichtlich ihres Verlaufes nur eingeschränkt prognostizierbar sind.

Frage 8: Wie wirken sich ME/CFS und Long Covid im Schulbereich aus? Welche Massnahmen hat der Regierungsrat unternommen, um die Betroffenen zu unterstützen?

Dem Schulpsychologischen Dienst (SPD), welcher für Kinder und Jugendliche der obligatorischen Schulzeit sowie für Lernende der Sekundarstufe II zuständig ist, ist kein konkreter Fall von ME/CFS oder Long Covid bekannt. Unterstützung für Betroffene könnte in Form von Aufenthalt in Tagesambulatorien oder Kliniken sowie mit Sonderschullösungen geboten werden.

Auch bei den Schülerinnen und Schülern der beiden Berufsschulen (Gewerblich-industrielles Bildungszentrum Zug [GIBZ] und Kaufmännisches Bildungszentrum Zug [KBZ]) gab es bisher

² https://forschung.soziale-sicherheit-chss.ch/wp-content/uploads/2025/01/02-25D_eBericht_new.pdf

keine Abwesenheiten, welche mit den genannten Erkrankungen begründet wurden. Die schulinterne Beratungsstelle «Impuls» am KBZ ist generelle Anlaufstelle für Lernende mit Lernschwierigkeiten. Deren Dienstleistungen könnten auch durch Personen in Anspruch genommen werden, deren Lernschwierigkeiten im Zusammenhang mit einer Covid-Erkrankung stehen.

Das Amt für Berufsbildung (AfB) vermeldet für die vergangenen Jahre einige wenige Fälle von Long Covid, welche teilweise zu langen Ausfallzeiten führten. Die Jugendlichen wurden ärztlich betreut und die Ausbildungsberatung wurde involviert. In einem Fall wurde eine Lehrzeitverlängerung eingeleitet, in den anderen Fällen konnte die Ausbildung wie geplant abgeschlossen werden.

Frage 9: Wie viele Fälle von Arbeitsverlust infolge ME/CFS und Long Covid im Kanton Zug liegen vor?

Daten zur Häufigkeit des Arbeitsverlustes infolge ME/CFS und Long Covid werden nicht erhoben.

Frage 10: Was unternimmt der Regierungsrat, um Arbeitgeber für ME/CFS und Long Covid zu sensibilisieren und darauf hinzuwirken, dass diese den Bedürfnissen der Betroffenen auf soziale Weise Rechnung tragen?

Im Rahmen von Betriebs-Audits wird durch das kantonale Arbeitsinspektorat überprüft, ob der Betrieb seiner Fürsorgepflicht gemäss Art. 6 des Arbeitsgesetzes ArG nachkommt. Jeder Betrieb muss ein System zur Gewährleistung von Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz nachweisen können. Die Pflicht zum Schutz der Gesundheit der Mitarbeitenden besteht bei allen Arten von Krankheiten, die zu einer Abwesenheit führen können. Falls in den Audits durch das kantonale Arbeitsinspektorat Mängel aufgedeckt werden, wird der Betrieb dazu verpflichtet, diese zu beheben. Zudem können sich Arbeitnehmende jederzeit zu Themen des Gesundheitsschutzes, welche von den Verordnungen zum Arbeitsgesetz ArGV 1-5 abgedeckt werden, durch das Arbeitsinspektorat kostenlos beraten lassen.

Frage 11: Was gedenkt der Regierungsrat zu unternehmen, um

- a. die Datenerhebung im Bereich ME/CFS und Long Covid zu verbessern?*

Siehe Antwort zur Frage 2

- b. die Zusammenarbeit des medizinischen und sonstigen Fachpersonals in diesem Bereich zu fördern?*

Siehe Antwort zur Frage 5

- c. die Qualität und Schnelligkeit der Diagnose und Behandlung zu steigern sowie das Versorgungsangebot auszuweiten und zu verbessern und ihre laufende evidenzbasierte Anpassung zu gewährleisten?*

Siehe Antwort zur Frage 3

- d. die Gesellschaft, das Fachpersonal im Bildungs-, Sozial- und Gesundheitswesen sowie Arbeitgeber besser zu sensibilisieren respektive weiterzubilden?*

Das Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) führt Aktivitäten und Kampagnen zum Bundesgesetz über die Arbeit (ArG) in Industrie, Gewerbe und Handel durch. Die Kantone fokussieren im Vollzug auf die Direktansprache der einzelnen Betriebe.

- e. *die Finanzierung und Abgeltung von Leistungen so zu regeln, dass Betroffene unabhängig von ihrer sozialen oder wirtschaftlichen Lage Zugang erhalten?*

Gemäss Art. 25 des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (KVG; SR 832.10) übernimmt die obligatorische Krankenpflegeversicherung (OKP) die Kosten für Leistungen, die der Diagnose oder Behandlung einer Krankheit und ihrer Folgen dienen. Welche Leistungen konkret darunterfallen, wird in den Art. 25 bis 31 KVG weiter spezifiziert. Bei der Untersuchung und Behandlung von Patientinnen und Patienten mit einer Post-Covid-19-Erkrankung erfolgt grundsätzlich eine Kostenübernahme durch die OKP – unabhängig von der sozialen oder wirtschaftlichen Lage der Patientinnen und Patienten – sofern die Kriterien der Wirksamkeit, Zweckmässigkeit und Wirtschaftlichkeit (WZW) erfüllt sind (Art. 32 KVG), wobei der behandelnden Person auch ein gewisser Ermessensspielraum zugebilligt wird. Bei unter Medizinerinnen und Mediziner umstrittenen Massnahmen wird zur Beurteilung der WZW-Kriterien jeweils eine medizinische Fachkommission (Leistungskommission) beauftragt. Bei den Patientinnen und Patienten verbleiben die Kosten im Rahmen der jeweiligen Franchise (zwischen 300 und 2500 Franken) sowie des Selbstbehalts. Die Sozialhilfe berücksichtigt Franchise und Selbstbehalt im Unterstützungsbudget (SKOS-Richtlinie C.5 Abs. 2).

Die Leistungen der IV erfolgen im Rahmen der bundesgesetzlichen Vorgaben. Die Anspruchsvoraussetzungen sind für alle gleich. Anspruch auf eine IV-Rente besteht nur, wenn die Erwerbsfähigkeit mit Eingliederungsmassnahmen nicht wieder hergestellt, erhalten oder verbessert werden kann. Das heisst, wenn eine ganze oder teilweise Erwerbsunfähigkeit, und somit ein entsprechender Einkommensausfall auf Dauer hingenommen werden muss.

- f. *Betroffene im Arbeitsalltag und bei der Durchsetzung ihrer Interessen gegenüber Arbeitgebern zu unterstützen?*

Siehe Antwort zur Frage 10

- g. *bei Sozialversicherungsfragen zu begleiten und zu unterstützen?*

Die Ausgleichskasse / IV-Stelle Zug steht der Zuger Bevölkerung als Kompetenzzentrum für Sozialversicherungen zur Verfügung. Die IV unterstützt Menschen, die aus gesundheitlichen Gründen auf Hilfe im Alltag angewiesen sind. Nach dem Prinzip «Eingliederung vor Rente» prüft die IV immer zuerst das Eingliederungspotenzial einer betroffenen Person, bevor sie eine Rente spricht. Ist dies nicht oder nur beschränkt möglich, prüft die IV eine Rente. Viele Betroffene erhalten Unterstützung von der Sozialhilfe. In der Schweiz gibt es zudem verschiedene Organisationen, die Betroffene unterstützen und beraten, wie z.B. Pro Infirmis oder Procap.

3. Antrag

Kenntnisnahme.

Zug, 5. Mai 2026

Mit vorzüglicher Hochachtung
Regierungsrat des Kantons Zug

Der Landammann: Andreas Hostettler

Der Landschreiber: Tobias Moser